

Die Zensur und die Wiener Presse.

Der Vorstand des Journalisten- und Schriftstellervereines „Concordia“ sah sich neuerlich veranlaßt, die Regierung auf die unerträglichen Zensurverhältnisse zu lenken, die im Wiener Zeitungswesen herrschen. In je einer an den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und an den Minister des Innern Grafen Toggenburg gerichteten Eingabe wird ausgeführt:

„Nach wie vor gibt es keine Einschränkung der Zensur auf den Stoffkreis, innerhalb dessen man sie als Kriegsnotwendigkeit immerhin tolerieren könnte: auf den Kreis der militärischen und außenpolitischen Angelegenheiten. Nach wie vor werden alle Teile des öffentlichen Lebens, alle Rubriken der Zeitungsberichterstattung einer schrankenlosen Verbotsmantie preisgegeben, die im Verbieten sich schon darum nie genug tun kann, weil der Zensurbeamte leichter die Verantwortung für zehn Striche zu viel als für einen zu wenig trägt.“

Die Wiener Journalistik, in deren Vertretung hier die „Concordia“ das Wort führt, erfüllt die Aufgaben, die ihr der Krieg stellt, mit der größten Gewissenhaftigkeit und legt sich mit freiwilligem Takt die Beschränkungen auf, die in so schwerer Zeit durch das Staatsinteresse geboten sind. Um so entschiedener muß sie sich gegen eine behörbliche Bevormundungssucht wenden, die das Nachrichtenmaterial zuschneidet und die Art der Verarbeitung vorschreiben will, als ob sie es mit einer geistig rückständigen und moralisch minderwertigen Presse zu tun hätte. Wir sind der Meinung, daß wir Journalisten in Wien seitens unserer Regierung daselbe Vertrauen und Entgegenkommen verdienen, das unsere reichsdeutschen Kollegen bei allen hohen Ämtern Deutschlands zu finden gewohnt sind. Wir nehmen für Wien dieselbe Meinungsfreiheit und daselbe Recht auf freie Kritik in Anspruch, wie sie in Berlin — unter der Herrschaft des preussischen „Militarismus“ — für selbstverständlich gelten. Aus diesem Grunde müssen wir aber auch für Wien den gleich vertrauensvollen Verkehr zwischen Amt und Presse fordern, wie es sich in Berlin während des Krieges nutzbringend eingebürgert hat. Wir wollen nicht von subalternen Organen der Verwaltung Weisungen und Verbote entgegennehmen, deren Grund und Zweck uns unbekannt bleiben.“

Hienach wird gebeten, den Vertretern der „Concordia“ Gelegenheit zu näherer Aussprache über die in der Eingabe angeregten Fragen und zur Präzisierung der notwendigen Reformen zu geben.

Besprechung im Ministerratspräsidium.

Dieser Bitte der „Concordia“ wurde Folge gegeben. Montag den 4. d. fand im Ministerratspräsidium eine Besprechung statt, an der der Ministerpräsident Dr. von Seidler, der Minister des Innern Graf Toggenburg, Sektionschef Dr. Pinschof, Sektionschef Smoboda und Sektionsrat Freiherr v. Auber, sowie die Vertreter der „Concordia“ teilnahmen.

Es kam zu einer offenen und gründlichen Erörterung aller Zensurbeschwerden der Wiener Presse. Der Ministerpräsident und der Minister des Innern anerkannten

die Berechtigung der vorgebrachten Reformwünsche und stellten gewisse Verbesserungen in Aussicht, die so rasch als nur möglich in praktische Geltung treten sollen.